

Liebe Europäerinnen, liebe Europäer!

Nur selten dürfte sich jemand finden lassen, der sich im Rückblick auf das zu Ende gehende Jahr über einen Mangel an Ereignissen oder Arbeit beklagt. Dennoch wird das Jahr 2008 sicher vielen in der Europapolitik und darüber hinaus in besonders nachhaltiger Erinnerung bleiben.

Zwei Ereignisse haben uns in Atem gehalten: der Kaukasus-Konflikt und die weltweite Finanzkrise.

Der bewaffnete militärische Konflikt zwischen Georgien auf der einen Seite und Russland sowie den international nicht anerkannten Republiken Abchasien und Südossetien auf der anderen Seite begann im Juli und eskalierte Anfang August. Unter Federführung der französischen EU-Ratspräsidentschaft gelang es schließlich Mitte August einen „Sechs-Punkte-Plan“ zur Friedenssicherung zwischen Georgien und Russland zu verabschieden.

Auch die anhaltende, weltweite Finanzkrise rief die EU auf den Plan. Zu verhindern, dass sich diese zu einer weltweiten Wirtschaftskrise auswächst, ist nach wie vor oberstes Gebot der Stunde. Wie im letzten Newsletter ausgeführt, gelang es der EU auch hier, ihre Bereitschaft und Fähigkeit zu entschlossenem Handeln unter Beweis zu stellen.

In beiden Fällen hat das Krisenmanagement der französischen EU-Ratspräsidentschaft sehr gut funktioniert. So gut, dass manche sich deren Fortsetzung wünschen. Dem schließe ich mich jedoch nicht an. Auch die nachfolgende, tschechische Regierung wird in der Lage sein, die vor uns liegenden Aufgaben und Herausforderungen zu meistern. Oben auf der Tagesordnung der tschechischen Ratspräsidentschaft steht neben der weiteren Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise die Ausgestaltung der Nachbarschaftspolitik mit östlicher Dimension und der Zukunft der Länder auf dem westlichen Balkan.



Hinzu kommen Entscheidungen über die Zukunft des EU-Reformvertrags (2. Referendum in Irland).

Euch und Ihnen allen wünsche ich an dieser Stelle eine friedliche, besinnliche und fröhliche Weihnachtszeit und alles Gute im neuen Jahr!

Mit herzlichen Grüßen

Diesen Monat

Editorial: Rückblick und Ausblick	S.1
Klima & Konjunktur - im Widerstreit?	S.2 S.3
Weiterführende Links	S. 3

Impressum:
Der Newsletter wird herausgegeben von
Günter Gloser, MdB, Platz der Republik 1,
11011 Berlin, Tel: 030/227 711 87

Wahlkreisbüro:
Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg,
Tel: 0911/4389630

E-Mail: guenter.gloser@wk.bundestag.de
Internet: www.guenter-gloser.de

Ausgabe Dez 2008

Termine 2009

07. – 09. Januar
Eröffnung der
tschechischen EU-
Ratspräsidentschaft
in Prag

17. Januar
Europa-Forum in
Würzburg

18. Januar
SPD- Neujahrsempfänge in
Buchenbühl und
Erding

22. Januar
Deutsch-Franz. Tag
in Paris

23. Januar
Neujahrsempfang
der SPD Zabo

25. Januar
Neujahrsempfang
der SPD Hof Land

26. Januar
Rat für Auswärtige
Angelegenheiten in
Brüssel

Europa und Sie im



Jahr 2009:
Denken - Gestalten
Erfinden

Klima & Konjunktur - im Widerstreit?

Die EU-Staats- und Regierungschefs standen bei ihrem letzten Gipfeltreffen Ende vergangener Woche einmal mehr vor einer schwierigen Aufgabe: Auf der einen Seite wollte man sich auf einen gemeinsamen Klimaschutzplan einigen, der die Umsetzung der ehrgeizigen EU-Klimaschutzziele verbindlich regelt. Auf der anderen Seite befasste man sich eingehend mit möglichen Maßnahmen, die Konjunktur angesichts der aktuellen Finanzkrise anzukurbeln.

Einmal mehr entstand ein scheinbarer Widerspruch zwischen Ökologie und Ökonomie, also dem Umweltschutz und Wirtschaftsinteressen.

Worum ging es konkret?

Während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft einigten sich die EU-Mitgliedsländer auf zwei wesentliche Klimaschutzziele:

Bis zum Jahr 2020 soll im Vergleich zu 1990 EU-weit 20 % weniger Kohlendioxid ausgestoßen werden sowie 20 % mehr Strom aus erneuerbaren Energien gewonnen werden.

Beides sind lediglich Zwischenschritte. Zahlreiche Klimaforscher gehen nämlich davon aus, dass die Industrieländer bis 2050 zwischen 50 und 80 % an CO₂-Minderung erreichen müssen, um das Klima einigermaßen zu stabilisieren.

Mit der verbindlichen Einigung auf Klimaschutzziele will die EU ein Zeichen setzen und im weltweiten Kampf gegen den Klimawandel vorangehen. Deshalb war es jetzt an der Zeit, einen konkreten Plan vorzulegen, wie die selbst gesteckten Ziele verwirklicht werden können.

Der Emissionshandel: Herzstück der EU-Klimapolitik

Um den Ausstoß der klimaschädlichen Treibhausgase zu verringern,



Der Luftverkehr in der EU 25 verursacht jährlich gut 130 Millionen t CO₂, etwa 3% aller Emissionen

führte die Europäische Union im Jahr 2005 das Instrument des Emissionsrechtehandels ein. Grundidee ist, das Recht Treibhausgase auszustoßen, durch die Ausgabe von Emissionszertifikate zu begrenzen. Der CO₂-Ausstoß kann so gesteuert und schrittweise verringert werden. Jedes Land erhält eine begrenzte Anzahl an solchen „Verschmutzungsrechten“. Die Zertifikate werden wiederum an die Betriebe im Land verteilt. Um den Betrieben den Übergang vom unbeschränkten CO₂-Ausstoß zu dessen kostenpflichtiger Begrenzung zu erleichtern, wurden die Zertifikate anfangs kostenlos ausgegeben. Allerdings haben viele Betriebe den Wert dieser Zertifikate in Aussicht auf bevorstehende Kosten bereits eingepreist und so schon vorab an die Verbraucher weitergegeben.

In Zukunft werden die Zertifikate nur noch zum Teil gratis verteilt, der Rest verkauft bzw. versteigert. Die Betriebe sollen so in die Pflicht genommen werden, die Begrenzung des CO₂-Ausstoßes als eigenes wirtschaftliches Interesse anzusehen. Eine Verringerung des Ausstoßes bzw. eine Umrüstung auf kohlenstoffarme Techniken würde sich dann betriebswirtschaftlich rechnen.

Nebenstehend:

Prozentuale Veränderung der mittels Zertifikaten gehandelten Emissionen von 2005 bis 2007 während der ersten Handelsphase.

Quelle: Wikipedia



Strittig war bis zuletzt die kostenpflichtige Ausgabe der Zertifikate. Schließlich einigte man sich darauf, für den Bereich der Energieerzeugung die Emissions-Zertifikate ab 2013 erst zu 30 % und schrittweise bis 2020 zu 100 % zu verkaufen. 2020 werden dann alle Zertifikate verkauft bzw. versteigert. Damit können die Klimaschutzziele erreicht werden.

Ein Teil der Zertifikatserlöse soll in eine Art "EU-Klimafonds" fließen. Dieser soll insbesondere osteuropäische Länder beim Aufbau einer effizienten Energieerzeugung unterstützen. Im Gegenzug erhalten im internationalen Wettbewerb stehende und energieintensive Industrien wie die Zement- und Stahlindustrie unter bestimmten Bedingungen kostenlose Zertifikate zugeteilt. Dennoch müssen auch sie ihre Emissionen schrittweise senken.

Diese Regelung war notwendig geworden, um die Abwanderung energieintensiver Betriebe in Länder ohne Klimaschutzregelungen zu verhindern. Befürchtet wurde der Verlust vieler Arbeitsplätze.



Klimaschutz und Konjunktur

Einmal stellt die gefundene Lösung einen Kompromiss aus vielfältigen und vielschichtigen nationalen, wirtschaftlichen und politischen Interessen dar.

Fakt ist, dass der Emissionsrechtehandel so geregelt wurde, dass bis 2020 eine 20%-ige Verringerung der klimaschädlichen Treibhausgase sichergestellt werden kann. Fakt ist aber auch, dass es zahlreiche Ausnahmeregelungen gibt: Während die Energieerzeugende Industrie bereits 2020 ihre Zertifikate zu 100 % ersteigern muss, werden einigen energieintensiven Industriezweigen längere Übergangsfristen eingeräumt. An den strengen Obergrenzen wurde aber nicht gerüttelt. Kritisiert wird jedoch nun, dass mit diesem Verfahren die Industrie nicht gerade dazu ermuntert wird, in ihren ökologischen Umbau zu investieren. Also doch: Wirtschaft vor Umwelt?

Die Ausnahmeregelungen für bestimmte Industrien liegen darin begründet, dass es noch kein weltweites, verbindliches System des Klimaschutzes (sog. Klimaschutzregime) gibt, das mit dem EU-Emissionshandel vergleichbar wäre. Solange die EU hier alleine steht, droht bei all-



zu strenger Reglementierung eine Abwanderung von Betrieben in Länder, in denen der Klimaschutz weniger oder kaum beachtet wird.

Paradox, aber wahr ist: So richtig und wichtig eine noch striktere EU-Klimaschutzpolitik in ihrem Kern auch ist, sie verfehlt ihr Ziel, wenn sie dazu führt, dass Betriebe in solche Staaten abwandern, in denen Klimaschutz weniger gilt.

EU-Politik ist einmal mehr ein höchst komplizierter und facettenreicher Prozess. Die eingeschlagene Richtung aber stimmt!

Interessante Links:

Europäische Kommission - Klimaschutz: Energie für eine Welt im Wandel

http://ec.europa.eu/climateaction/index_de.htm

Energiekommissar Andris Piebalgs:

http://ec.europa.eu/commission_barroso/piebalgs/index_de.htm

Umweltkommissar Stavros Dimas:

http://ec.europa.eu/commission_barroso/dimas/index_de.htm

